



Tarifverhandlungen 2019 – Wir fordern ein Ende des Sparens



> Verhandlungsführer des dbb und der DPoIG

Kernforderungen: 6 Prozent mehr Einkommen – mindestens 200 Euro, eine angemessene und zukunftsfähige Entgeltordnung für den TV-L, stufengleiche Höhergruppierung und 100 Euro mehr für Auszubildende. Zusätzliche Forderungen des dbb saar und der DPoIG an die Saarländische Landesregierung:

1. Das Saarland ist Schlusslicht im Besoldungsranking. Seit 2011 beträgt der lineare Abstand zum TV-L 2,6 Prozent. Wir brauchen einen Fahrplan, wie wir wieder Anschluss an die anderen Länder und an den TV-L finden. Ansonsten suchen sich die Beamtinnen und Beamten im Rahmen des Wettbewerbs den Weg selbst.
2. Maßnahmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, unter anderem

Aufhebung der Absenkung der Eingangsbesoldung.

3. Ende des Personalabbaus spätestens ab 2020! Keine Zusatzaufgaben ohne Zusatzpersonal!

Seit nunmehr vielen Jahren wird mit dem Argument der Schuldenbremse drastisch beim Personal gespart. Stellenabbau und schlechte Tarifabschlüsse haben zu dem nunmehr traurigen Ergebnis geführt: Das Saarland ist Schlusslicht in der Besoldung.

Die Ankündigungen von Bayern, Hamburg und anderen Bundesländern den Tarifabschluß „eins zu eins“ auf die Beamten zu übernehmen sowie die Zusage der Landesregierung aus Rheinland-Pfalz, sogar 2 Prozent „on top“ für zwei Jahre hinzuzugeben, sind Grund genug, unsere Forderung deutlich zu bestär-

ken. Wenn sogar die Bundesregierung eine Kommission zu „gleichwertigen Lebensverhältnissen“ einberufen hat, dann zeigt das deutlich: die Lebensverhältnisse bewegen sich in den Ländern auseinander. Dabei verrichten zum Beispiel Polizisten in allen Bundesländern/ Bund grundsätzlich die gleiche Arbeit. Ob die Bearbeitung von Verkehrsdelikten, die Ermittlungsarbeit bei Verbrechen oder Rückführungen, all diese Tätigkeiten sind im Grunde überall gleich, vergleichbar und beru-

hen auf einheitlichen Gesetzen wie zum Beispiel dem Strafgesetzbuch. Die Besoldung weicht dabei aber deutlich voneinander ab. Wenn eine Polizeikommissarin der Landespolizei im Saarland mit einem Polizeikommissar der Bundespolizei Bexbach zusammenarbeitet, dann verdient die Kollegin im Schnitt mehrere Hundert Euro weniger als ihr Kollege, macht aber unter Umständen genau das Gleiche. Dabei sind die Lebenshaltungskosten in diesem Fall kein Argument, wenn beide im Saarland leben. Die Politik möchte uns aber immer wieder mit diesen pauschalen Argumentationen davon überzeugen, dass es „normal“ sei, dass der Beamte in Baden-Württemberg mehr verdienen müsse als der im Saarland, weil dort alles teurer ist. Fakt ist aber, dass es Aldi, Lidl und Co. auch im Ländle gibt und nicht jeder in Stuttgart Dienst verrichtet. Zudem kommen Themen wie „Freie Heilfürsorge“ und höhere Zulagen verschärfend hinzu. **Aus unserer Sicht darf es daher keine Bezahlung nach Kassenlage geben.** Die Grundbesoldung sollte überall annähernd gleich sein. Sonderbelastungen könnte man gut mit entsprechenden Zulagen abfedern, wenn man wollte.

Wir wollen mehr WERTschätzung!



Impressum:
Redaktion:
Sascha Alles (V. i. S. d. P.)
Landesgeschäftsstelle:
Hohenzollernstraße 41
66117 Saarbrücken
Telefon: 0681.54552
Fax: 0681.54553
www.dpolg-saar.de
E-Mail:
info@dpolg-saar.de
ISSN 0937-4876



Besoldungsabsenkung in BaWü durch BVerfG gekippt

Die DPoIG Saarland begrüßt ausdrücklich das Urteil des BVerfG vom 16. Oktober 2018 (2 BvL 2/17) in Bezug auf die Verfassungswidrigkeit der Absenkung der Eingangsbesoldung im Land Baden-Württemberg.

Auch im Saarland wird bei der Polizei im Eingangsamtsamt A 9 das Gehalt in den ersten beiden Dienstjahren um monatlich 110 Euro abgesenkt. Das nun vorliegende Urteil stellt jedoch klar, dass eine solche Maßnahme nur unter bestimmten Umständen möglich ist.

Denn es gelten zum Beispiel unterschiedliche Regelungen für Beamte (§ 3 b SBesG) und den Tarifbereich. Im Bereich der Lehrer wurde zum Beispiel aus gutem Grund eine Änderung herbeigeführt. Denn Nachwuchsprobleme haben es nötig gemacht.

„Die aktuell schlechte Bewerberlage bei der Polizei hat sicher auch mit den vergleichbar schlechten Konditionen zu tun. Beamte im Saarland sind in allen Bereichen der Bezahlung auf den letzten Plätzen. Da sind diese Einschnitte natürlich nicht förder-

lich und schrecken unter Umständen sogar ab“, so Sascha Alles, Landesvorsitzender.

Wir fordern die Landesregierung im Lichte dieses Urteils erneut auf, die Absenkung der Eingangs

besoldung sofort bei allen Betroffenen zu beenden!

Dies ist eine klare Ungleichbehandlung und die Gruppe der Beamtenanwärter wird hier deutlich schlechter gestellt. ■



© DPoIG/Schneider/Fuchs

Es sagt, dass bei einer solchen Maßnahme ein schlüssiges und umfassendes Konzept zur Haushaltskonsolidierung vorliegen muss, das im Sparvolumen „gleichheitsgerecht“ sein muss!

Das ist im Saarland nach unserer Ansicht nicht der Fall!

Hoch zu Pferd ... berittene Polizei 2.0?

Die AfD im Saarländischen Landtag ist mit einer fragwürdigen Forderung vorgeprescht: Die Wiedereinführung einer Reiterstaffel der Polizei im Saarland.

Hierzu ein Kommentar des Landesvorsitzenden:

Das Saarland hatte bis in die 80er-Jahre eine berittene Polizei, die dann aber aus Kostengründen abgeschafft wurde.

Die Idee einer Reaktivierung scheint im Lichte der aktuellen Situation der Polizei im Saarland schlichtweg abstrus. Wir

bauen Personal in der gesamten Polizei ab und da möchte man eine ganz neue Einheit schaffen, die weder personell noch materiell leistbar ist. Das ist mit Verlaub „realitätsfremd“! Wir brauchen jede(n) Kolleg(inn)en, um den Laden am Laufen zu halten, da bringen nostalgische Ideen wenig. Wir erwarten da eher mal konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation der

Polizeibeschäftigten im Land, als immer neue Aufgabenfelder.

Man könnte mittlerweile den Eindruck gewinnen, dass manche Politiker nichts Besseres zu tun haben, als ständig (ihre) neuen Ideen auf die Polizei zu übertragen. Wir brauchen aber mal „Ruhe im Laden“. Wenn es finanzielle Spielräume gibt, hätten wir deutlich

bessere Vorschläge zu machen, die allen Kollegen/-innen zugute kommen würden. Bei allem Respekt ist und bleibt die Reiterstaffel wohl das Letzte, was zurzeit auf unserer Wunschliste steht.

Mehr Stellen und finanzielle Verbesserungen sind notwendiger als berittene Einheiten, die wir kaum einsetzen könnten. ■



Presseerklärung

Gewalt gegen Polizei – härtere Strafen wären angesagt!

Der Gesetzesvorstoß von Innenminister Bouillon zur Einführung einer Mindeststrafe (sechs Monate) bei Gewalt gegen Polizei und Rettungskräfte läuft offene Türen bei der Polizei ein!

Der aktuelle Vorstoß der Innenminister aus Hessen und dem Saarland zur Einführung eines Mindeststrafmaßes bei gewalttätigen Übergriffen auf Mitarbeiter der Polizeien und des Rettungsdienstes stößt sowohl bei den Betroffenen als auch bei der Deutschen Polizeigewerkschaft im Saarland auf positive Resonanz.

Die DPoLG fordert seit Jahren mit Blick auf immer häufiger werdende Übergriffe gerade

auf Polizist(inn)en mehr Härte durch den Gesetzgeber.

Der Landesvorsitzender Sascha Alles betont hierzu:

„Es reicht nicht Gewalttätern den Zeigefinger vorzuhalten und zu hoffen, dass man in Zukunft zum Beispiel keine Steine mehr auf Polizisten wirft. Die Realität zeigt uns ein anderes Bild. Gerade beim G20-Gipfel in Hamburg wurde sehr deutlich, dass Gewalt gegen

staatliche Institutionen nicht aus Versehen passiert, sondern mittlerweile mit Kalkül. Wir erleben aber auch im Saarland mehr Gewalt und Widerstände gegen Polizisten/Polizistinnen im täglichen Dienst.

Gewalt gegen Polizei oder Rettungsdienste ist kein Kavaliersdelikt! Wir brauchen auch eine gewisse rechtliche Härte, um die immer steigende Gewalt zurück zu drängen. Es kann

nicht sein, dass unsere Kolleg(inn)en sich alles gefallen lassen müssen beziehungsweise rechtliche Konsequenzen zu selten wirken. Daher wäre die Schaffung einer Mindeststrafe aus unserer Sicht ein sehr deutliches Signal, dass der Staat nicht bereit ist, diese Gewalt zu akzeptieren!“

Wir erwarten, dass die übrigen Innenminister ebenso erkennen, dass diese Initiative wichtig und richtig ist. ■

Waffenverbotszone: Sinn oder Unsinn?

Die aktuelle Diskussion um die Einführung von Waffenverbotszonen, wie zuletzt im Bereich des Hauptbahnhofs Saarbrücken durch die Bundespolizei, hat nun die Landespolitik ereilt.

Mittlerweile lässt sich feststellen, dass das Mitführen von Messern und gefährlichen Gegenständen bundesweit zunimmt.

Auch die Bereitschaft diese einzusetzen ist gestiegen. Nicht zuletzt liegt sicher ein Grund darin, dass gerade im Bereich der Zuwanderer eine andere Mentalität im Umgang mit solchen Waffen existiert. Man kann von einer Art „Messerkultur“ sprechen, bei der vorwiegend junge Männer regelmäßig Messer oder andere Waffen beziehungsweise gefährliche Gegenstände mit sich führen. Dabei fällt auf, dass die

Hemmschwelle, diese einzusetzen, relativ gering ist. Eine aktuelle Auswertung zeigt auch, dass auch immer mehr Saarländer Waffen und vorwiegend Messer mit sich führen.

Eine Waffenverbotszone allein kann das Problem sicher nicht von Grund auf lösen und eher nur vorübergehende Effekte erzielen. Die Erfahrungen zeigen, dass nur ein konstanter Kontrolldruck den gewünschten Erfolg beschert. Dabei bedarf es ausreichend Personals, um einen positiven Effekt zu erreichen. Gleichzeitig muss aber auch davon ausgegangen werden, dass es zu Verdrängungs-

effekten kommen kann. Wenn zum Beispiel im Vorfeld des Bahnhofes vermehrt kontrolliert wird, werden potenzielle Waffenträger diesen Bereich relativ schnell meiden. Somit müsste eine Verbotzone deutlich größer gefasst werden, was wiederum noch mehr Personalressourcen binden würde. Ein Vorteil wäre natürlich die Möglichkeit von verdachtsunabhängigen Kontrollen, was wir natürlich positiv bewerten.

Für die DPoLG stellt sich klar die Frage, wie in Zeiten von Personalabbau solche Maßnahmen sinnvoll umgesetzt werden können. Wir sehen darüber hinaus eher den Vorteil einer sinnvollen Kombination aus erhöhtem Kontrolldruck, Razzien, Videoüberwachung und verstärkter Einbindung von Ortspolizeibehörden sowie ei-

ner guten Zusammenarbeit mit der Bundespolizei und der Justiz. Dies bringt aus unserer Sicht den größten Erfolg und verteilt die Aufgabe auf mehrere Schultern.

Die Sicherheitspartnerschaft in Saarbrücken könnte da als Blaupause für andere Kommunen dienen. In kleineren Kommunen kann die Einrichtung einer Waffenverbotszone anlassbezogen durchaus Sinn machen, um zum Beispiel die Sicherheit bei einem Volksfest zu steigern. Aber auch hier muss entsprechend Personal zur Durchsetzung da sein.

Fazit: Mehr Aufgaben bedingen mehr Personal und eine bessere Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten. Waffenverbotszonen alleine sind nur bedingt sinnvoll. ■



Aktion „Sternenregen“

DPolG spendet für Aktion „Sternenregen“ von Radio Salü und übergibt den Schülerinnen und Schülern der Bismarckschule Friedrichsthal das DPolG-Malheft zur Verkehrserziehung.



© DPolG Saarland (2)

> Klasse 1a der Bismarckschule Friedrichsthal

+++ KOOPERATION MIT MCFIT UND JOHN REED – DPolG macht FIT +++

Neue Kooperation der DPolG Saar im Fitness- und Gesundheitsbereich ab 1. Januar 2019. Zwei Vertragsvarianten stehen Euch nun zur Auswahl:

1. Mitgliedschaft in den Studios der Marke McFIT:

Als DPolG-Mitglied trainiert ihr monatlich für nur 16 Euro (statt 19,90 Euro) in allen McFIT-Studios und bei High5 (Aktivierungsgebühr von 29 Euro entfällt).

2. Mitgliedschaft in den Studios der Marke JOHN REED:

Als DPolG-Mitglied trainiert ihr monatlich für nur 21 € (statt 30 € für Silver Membership) in allen JOHN REED Clubs sowie bei McFIT und High5 (Aktivierungsgebühr von 39 € entfällt).

Das DPolG Special – EXKLUSIV für Euch!

> Geburtstage im Dezember

Wir gratulieren von Herzen allen Geburtstagskindern im Januar und Februar:

D. Dörr	30 Jahre	H. Krächan	63 Jahre
S. Stahn	30 Jahre	S. Rau	68 Jahre
U. Buschauer	60 Jahre	K.-H. Wunn	68 Jahre
S. Müller	60 Jahre	E. Hinz	74 Jahre
G. Wirtz	61 Jahre	H.W. Hölscher	75 Jahre
H.-P. Hafner	61 Jahre	O. Bach	83 Jahre
M. Wolter	62 Jahre		

Alles Gute und bleibt gesund!